September 2023

Nr. 265

Durchblick

Für Seniorinnen und Senioren

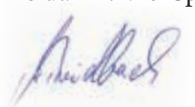
Vorwort

Die Legislaturperiode der Seniorenvertretung neigt sich dem Ende zu.

Nach jeder Bürgerschaftswahl wird auch die Seniorenvertretung neu gewählt. Neue Delegierte treffen zusammen, wählen den Vorstand und bilden neue Arbeitsgruppen, die einen Teil der inhaltlichen Arbeit übernehmen. Wir leben in einer unruhigen Zeit, und es ist davon auszugehen, dass die Aufgaben der Seniorenvertretung mehr werden. Der Anteil der Älteren in der Gesellschaft wächst, daraus entstehen ganz neue Herausforderungen. Die Frage der sozialen Absicherung im Alter. Oder wie wird dafür gesorgt, dass Bewegungseinschränkungen nicht zur sozialen und kulturellen Ausgrenzung führen. Wie kommt man von A nach B usw.? Um eine erste Vorstellung zu bekommen, wie sich die Seniorenvertretung zusammensetzt haben wir Jochen Schwolow interviewt, der lange Vorsitzender der Seniorenvertretung war. Er ist für diese Fragen sicher die richtige Adresse.

In der Redaktion diskutierten wir über den Krieg in der Ukraine und was dieser Krieg für uns in Deutschland bedeutet. Dazu gibt es unterschiedliche Meinungen, die wir in den kommenden Ausgaben dokumentieren möchten.

Bis dahin: Viel Spaß beim Lesen.



Inhalt

„Die Welt braucht Frieden!“
Seiten 2 und 3

Seniorenvertretung in den Jahren 2019–2023
Seiten 4 und 5

Inflationsprämie: Renter sollen schon wieder ausgeschlossen werden
Seite 5

Interview mit Jochen
Seite 6

Pflegeheime werden immer teurer!
Seite 7

Türkische Übersetzung
Seiten 8 und 9

Bundesseniorenvorstand tagt in Fulda
Seite 9

Notfall Notaufnahme
Seite 10

Ernst Benthien begrüßt die Seniorenvertretung
Seite 11

Arbeitskreis der Seniorenvertretung mit BSAG an der Domsheide
Seite 12

Senioren Vertretung Bremen

„Die Welt braucht Frieden!“

So lautet der diesjährige Aufruf des DGB mit vielen verbündeten Netzwerken.

Doch unsere Politiker gewähren immer mehr Sondervermögen für die Bundeswehr, verbreiten Durchhalteparolen für die Ukraine, über die Medien gegen Russland, Rüstungskonzerne machen Riesengewinne, 4000 deutsche Soldaten werden abkommandiert an die „Ostfront“. Viele Leserbriefe werden dazu geschrieben, (darunter der von Reiner Strutthoff im WK (3.7.23)

Niemals habe ich als ehemaliges „Flüchtlingskind aus dem Osten“ daran gezweifelt, dass es „Nie wieder Krieg“ gibt. Nie wieder darf ein Krieg von Deutschland direkt oder indirekt ausgehen – die Gedenktage Hiroshimatag am 6. August und der Antikriegstag am 1. September erinnern seit 78 Jahren daran; ein breites Bündnis der Friedensinitiativen in Bremen gestalten sie friedensstiftend in Inhalt und Form all die Jahre und junge und ältere Menschen nehmen aktiv an der Bewusstseinsbildung vor Ort teil. So wurde auch ich sozialisiert.

Am 6. und 9. August 1945 wurden die Städte Hiroshima und Nagasaki Ziel der ersten und bislang einzigen Atombombenabwürfe.

Doch immer noch gibt es 12.700 Atomwaffen, 1800 werden in ständiger Alarmbereitschaft gehalten. Das Ende des „Zeitalters der Atomwaffe“ ist noch nicht in Sicht trotz des Atomwaffenverbotsvertrages seit 2021, den 66 Staaten ratifiziert und 86 Staaten unterzeichnet haben. Die Bundesrepublik weigert sich bis heute, dem Verbotsvertrag beizutreten und die amerikanischen Atomwaffen aus Büchel abziehen zu lassen. Im Gegenteil, die Ampel-Regierung hat sich mit dem 100 Milliarden – Aufrüstungspaket entschieden, neue Flugzeuge vom Typ F-35 zur nuklearen Teilhabe anzuschaffen.

Zum 1. September 2023 (Antikriegstag)

Der Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde zum ersten Mal 1957 als Antikriegstag begangen. Seitdem ist der Gedenktag in der Erinnerungskultur fest verankert und aktiviert jedes Jahr Menschen in der Republik, die mit einmaligen kreativen Events Anstöße geben. Aber sie alleine haben den militaristischen Blick im „Kalten Krieg“ nicht durchbrechen können. Zwar hat auch John F. Kennedy in seiner Rede vor der UN – Vollversammlung im September 1961 bereits gewarnt: „Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende“, aber gerade Amerika hat Kriege in der Welt weiter geführt. Auch der russische Politiker Michail Gorbatschow hat gesagt: „an den Frieden denken, heißt an die Kinder denken“.

Es ist sehr beängstigend, dass mittlerweile in unserer unmittelbaren Gegenwart auch Forderungen laut werden, die Ukraine nuklear zu bewaffnen – damit wäre ein globaler Atomkrieg kaum noch zu verhindern. Es muss jedoch darum gehen, eine dauerhafte Struktur der Friedensbewegung zu sichern. Es braucht eine basisorientierte, regional verankerte Friedensbewegung, die eine qualifizierte Aufklärungsarbeit leistet. Zum aktuellen Ukraine-Krieg bleiben Forderungen nach einem schnellen Waffenstillstand und Verhandlungen gemeinsames Anliegen. Die Atomwaffen bleiben zentrales Thema bei den nächsten Aktionen am 1.

September und am 3. Oktober in Hamburg gegen die Aufrüstungspolitik und die Militarisierung, die von regionalen Friedensinitiativen in der Norddeutschen Region unterstützt werden. Dezentral werden auch in vielen Städten Aktionen gegen den Krieg geplant und durchgeführt.

Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober in Hamburg

Als ein gemeinsamer Aktionstag wurde der 3. Oktober vorgeschlagen. Mit einem Schwerpunkt in Hamburg (wegen der in diesem Jahr für die Bundesrepublik dort zentral geplanten Veranstaltungen) soll gegen die Aufrüstungspolitik und die Militarisierung im Lande demonstriert werden. An diesem 3. Oktober sollen auch dezentral in möglichst vielen Städten der BRD Aktionen gegen den Krieg geplant und durchgeführt werden.

Im Aufruf zu den Aktionen heißt es: „Am „Tag der Deutschen Einheit“ sagen wir Friedensbewegte dieses Landes: Stoppt den Wahnsinn, in den uns die Politik der Bundesrepublik führt.

„Wir rufen auf, überall im Land Friedensaktionen zu veranstalten, auf die Straße zu gehen, nicht weiter die Augen zu verschließen vor der zunehmenden Gefahr eines Atomkrieges, dies verstärkt in Hamburg, wo die regierungsoffiziellen Einheitsfeiern in diesem Jahr stattfinden werden.

Wir nutzen diesen Tag landesweit, um für weitere gemeinsame Aktionen im Herbst zu mobilisieren. Es ist an der Zeit, für einen starken Widerstand gegen die unverantwortliche kriegstreibende Politik.“

Wie sagte schon Aristoteles: „Es reicht nicht aus, den Krieg zu gewinnen. Es ist wichtiger, den Frieden zu organisieren.“ (Aristoteles)

Barbara Matuschewski

Zum Artikel „Die Welt braucht Frieden“

Die Redaktion sieht den Artikel von Barbara als Beitrag zu der Debatte über Krieg und Frieden in der gegenwärtigen angespannten Situation. Was heute der richtige Weg ist, dazu gibt es auch in der Redaktion unterschiedliche Meinungen. Wir möchten diese unterschiedlichen Meinungen in den nächsten Ausgaben dokumentieren. Deshalb würden wir uns freuen, wenn sie/ihr uns Eure/Ihre Meinung mitteilt. Gerade bei uns Älteren, die zum Teil noch vom 2. Weltkrieg und dessen Nachwirkungen geprägt sind, weckt der Krieg in der Ukraine unangenehme Erinnerungen und Gefühle auch Angst.

Deshalb ist die Diskussion über angemessene Reaktionen der deutschen Politik so wichtig, und der Durchblick kann dazu eine Plattform bilden.

Michael Breidbach

Seniorenvertretung in den Jahren 2019–2023

2020–2022 gibt es mit der Corona-Pandemie das einschneidenste Ereignis für die Geselschaft seit dem 2. Weltkrieg. Die Unsicherheit vor der Einführung eines Impfstoffes, das einsame Sterben insbesondere der Älteren in den Krankenhäusern und Pflegeheimen bleibt unvergessen. Die Arbeit in der Seniorenvertretung hat dies maßgeblich beeinflußt. Insbesondere das Zusammentreffen mit anderen Institutionen wurde erheblich gestört.

Da über die jährlichen Arbeitsergebnisse regelmäßig berichtet wurde, geht es jetzt um die Arbeitsweisen und die Darstellung der wichtigsten Ereignisse.

Michael Breidbach ersetzt Dr. Dirk Mittermeier als Pressesprecher (2020) Karin Fricke scheidet 2022 aus, Jochen Leinert rückt dafür in den Vorstand und ersetzt Anna Möller als Schatzmeister. Anna Möller wird stellv. Vorsitzende. Elke Scharff scheidet als Arbeitskreissprecherin Pflege und Gesundheit aus und wird von Ingrid Peschel abgelöst. Ernst Benthien verlässt uns aus gesundheitlichen Gründen und Anke Maurer übernimmt seine Funktion als Arbeitskreissprecherin für Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt.

Ausgeschieden sind Karin Fricke, Eberhard Janz, Ilse Junge, Gisela Kolaschnik und Karin Neumann-Mahlkau. Für Herrn Riskalla kommt Herr Habib vom Bremer Rat für Integration. Frau Schnell ist die Nachfolgerin von Frau Rütten bei den Ambulanten Versorgungsbrücken (AVB). Herr Dr. Windheuser ersetzt Herrn Mohrmann im Beirat Vegesack.

Verstorben sind: Birgit Maass, Karin Markus, Bernhard Hilling, Heinz-Otto Mohrmann und Hubert Resch.

Den ausgeschiedenen Delegierten gilt unser außergewöhnlicher Dank für ihre Arbeit. Den Verstorbenen werden wir ein ehrendes Gedenken widmen.

Coronabedingt konnte in den ersten drei Jahren der Legislaturperiode nur im Rahmen von Videoschaltungen gearbeitet werden. Dies war besser als nichts, insbesondere aber die Grundsatzdiskussionen waren deutlich erschwert. In dieser Phase konnte deshalb auch lediglich im Vorstand und in einigen Arbeitsgruppen gearbeitet werden. Wir haben dabei versucht, in allen seniorenrelevanten Problemfeldern Erkenntnisse zu sammeln, Empfehlungen zu geben, die Parteien zu informieren und die Presse zu unterrichten. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe 8. Altenbericht führten zum Aufbau eines eigenen Projektes Ältere und Digitalisierung in Bremen-Nord unter Leitung von Werner Müller, der mittlerweile dort 60 Schulungsplätze kostenfrei für ältere Mitbürger geschaffen hat.

Ende 2022 konnten wieder Arbeiskreissitzungen und Delegiertenversammlungen durchgeführt werden. Themen waren: Senioren- und Innenstadtpolitik, Baustellen im Gesundheitsbereich, Pflege- und Krankenhausreform und letztlich als Schwerpunktthema das Seniorenmitwirkungsgesetz. Letzteres wurde in Arbeitsgruppen und im Rahmen von 2 Delegiertenversammlungen intensiv diskutiert und verabschiedet. Es liegt heute den Fraktionen der demokratischen Parteien zur Beschussfassung vor. Die Parteien und die senatorische Dienststelle von „Soziales“ sowie die Senatskanzlei wurden regelmäßig informiert und um Unterstützung gebeten.

Die Pressearbeit erfuhr eine grundlegende Veränderung. Das Layout des Durchblicks wurde völlig verändert und dabei einer Umfrage der Bürger zu diesem Thema angepasst. Aus einem monatlichen Mitteilungsblatt entstand eine im Zweimonats-Rhythmus erscheinende Zeitschrift.

Auch unsere digitale Zeitschrift Seniorenlotse wurde regelmäßig gepflegt und hat eine interessierte Leserschaft. Die Zusendung von Textbeiträgen der Bürger ist ausdrücklich erwünscht. Im Juli 2023 erschien erstmals ein unsere Ar-

beit zusammenfassendes Heft, als Durchblick Nr. 264 mit einer Auflage von 10.000.

Aus den Arbeiten der letzten vier Jahre und wegen der Coronabedingten Erschwernisse bei den Kooperationen ergeben sich wichtige seniorenpolitische Themen und neue Zusammenarbeiten. Dazu zählt eine Kooperationsvereinbarung der beiden Vorstände von Bremerhaven und Bremen, eine weitere Koalitionsvereinbarung zwischen der Seniorenvertretung, dem Seniorenbüro und dem Netzwerk Digitalambulanzen (Ältere und Digitalisierung). Weiter sind diesbezügliche Gespräche mit der AWO, dem SoVD und dem Parität. Wohlfahrtsverband sowie mit den Migrationsorganisationen geplant. Eine Fortführung unseres Schulungsprojektes in Burglesum erscheint sinnvoll. In wieweit das Projekt auf das gesamte Stadtgebiet übertragen werden kann, muss diskutiert werden. Das Seniorenmitwirkungsgesetz sollte in absehbarer Zeit in der Bürgerschaft beschlossen werden, wobei noch intensive Gespräche mit Bremerhaven zu führen wären.

Mein besonderer Dank gilt allen Delegierten, allen Funktionsträgern und auch den Mitgliedern des Vorstandes für die aus meiner Sicht erfolgreiche Arbeitsperiode 2019-2023.

Dem neuen Vorstand wünsche ich viel Erfolg für die Zukunft.

Andreas Weichelt

Inflationsprämie:

Rentner sollen schon wieder übergangen werden

So wie zunächst im letzten Jahr bei der Energiepreispauschale, sollen die Rentnerinnen und Rentner bei der Inflationsausgleichsprämie schon wieder übergangen werden.

Laut Bundesregierung können Beschäftigte von ihren Arbeitgebern eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von bis zu 3.000 Euro erhalten, die steuer- und abgabenfrei ist. Erhalten können diese Prämie dem Bundesfinanzministerium nach aber „nur Arbeitnehmer im steuerlichen Sinne“. Nun sollen aber auch Beamte, Richter, Soldaten und sogar Kabinettsmitglieder und Pensionäre eine Inflationsausgleichprämie in Höhe von 3.000 Euro erhalten. Die Rentnerinnen und Rentner sollen aber mal wieder leer ausgehen.

Die Auszahlung nur an Pensionäre ist nicht nachvollziehbar, denn sie haben im Schnitt sehr viel mehr Geld zur Verfügung als Rentnerinnen und Rentner.

Die Inflation trifft natürlich untere Einkommensschichten übermäßig stark. Das gilt insbesondere für Menschen mit kleinen Renten. Sie geraten in große Not, wenn die Kosten des täglichen Bedarfs zweistellig wachsen. Der Weg „zum Amt“ d. h., in die Grundsicherung wird unvermeidbar.

Diese geplante Ungleichbehandlung bei der Inflationsausgleichsprämie hält die Seniorenvertretung für unfair, ungerecht und diskriminierend.

Fairerweise sollte der Bund auch den Rentnerinnen und Rentnern eine Sonderzahlung zugestehen.

Jochen Leinert

Interview mit Jochen Schwolow

Interviewer: Hallo Jochen, du warst von 2003 bis 2015 Vorsitzender der Seniorenvertretung, wer könnte besser sagen, wie die Seniorenvertretung zusammengesetzt wird. Deshalb haben wir von der Redaktion überlegt, dich dazu zu interviewen.

Jochen: Ja, da kann ich natürlich Auskunft geben.

I: Die erste Frage wäre, wie setzt sich die Delegiertenversammlung der Seniorenvertretung zusammen? Wer kommt da rein?

J: Zunächst über die Beiräte. Die Beiräte bekommen bis 4000 Bürger im Stadtteil, die über 60 Jahre alt sind ein Mandat. Dazu kommt ab 4001 ein weiteres Mandat, bei 8001 ein weiteres usw. Aber über 12000 Menschen über 60 hat kein Stadtteil.

I: Und wie werden die benannt?

J: Gewählt werden die nach den Stimmverhältnissen bei der Beiratswahl in den Stadtteilen, also die stärkste Partei bekommt das erste Mandat und so weiter.

I: Das heißt also, dann ist irgendwann Schluss. Zum Beispiel: Neustadt hat drei, das wären die drei Stärksten. Das sind ja erstmal die Grünen, dann käme die SPD und dann kommt die Linke. Die CDU ist damit in der Neustadt nicht mehr dabei.

J: Ja, und dazu kommen dann die Verbände. Und die Verbände kriegen ja nach der neuen Satzung zwei. Das war vorher anders, die hatten vier, zwei, oder auch drei. So war das, und das wurde ja gekürzt, um die Delegiertenversammlung zu verkleinern, aber die Anzahl ist geblieben, weil zu viele andere Verbände dazugekommen sind.

I: Ja, also die Gesamtzahl wird nachher auch wieder um die 80 sein, wahrscheinlich.

J: Dadurch ist die Begrenzung nach oben nicht mehr gesetzt.

I: Ja, gut, aber ungefähr deine Einschätzung?

J: Meine Einschätzung liegt so über 80, also wenn schon 47 von den Beiräten kommen. Dann kommen noch 15 von den Parteien, in der Bürgerschaft, also von den Fraktionen.

I: Und wie ist das bei den Fraktionen? Wonach richtet sich die Anzahl der Mandate?

J: Da richtet sich das auch nach der Stimmenzahl der Parteien in der Stadtbürgerschaft.

I: Ok, d.h. es zählt nur das Stadtparlament, da die Bremerhavener ja eine eigene Seniorenvertretung haben. Und ach so, und da ist es so, dass die Zahl 15 festgelegt ist?

J: 15 steht fest, die hatten mal 20, in der neuen Satzung wurde auf 15 reduziert.

I: Und dann gibt's die Delegiertenversammlung. Das sind dann die 80 Plus. Und die Delegierten werden alle angeschrieben, und es wird auch gleichzeitig gefragt, in welchen Arbeitskreis sie gehen würden.

J: Ja, wenn die benannt sind von den Beiräten und von den Verbänden, dann werden sie angeschrieben und eingeladen, und sie möchten Bescheid sagen, an welchen Arbeitskreisen sie teilnehmen wollen, und jeder konnte bisher an zwei Arbeitskreisen teilnehmen. Aber die habt ihr ja reduziert, jetzt mit der neuen Satzung auf drei.

I: Das muss man nochmal überdenken, da fehlt das Thema Öffentlichkeitsarbeit

Ja, gut, dafür haben wir ja die Redaktion. Aber da hast du völlig Recht, man könnte natürlich bei dem Anschreiben unter anderem die Redaktion mit aufführen. Also vielleicht gibt's ja irgendwie den einen oder anderen, der Lust hat, an der Redaktion teilzunehmen.

J: Das würde ich nicht bei dem Anschreiben machen? Da hast du nachher viele.

I: Wobei sich ja relativ schnell die Spreu vom Weizen trennt, glaube ich, das wird nicht dazu führen, dass wir plötzlich 20 Leute dort sitzen haben, das kann ich mir nicht vorstellen.

J: Zu bemerken ist noch, dass die Delegierten über 60 Jahre alt sein müssen. Unter 60jährige können meist nicht nachvollziehen welche Veränderungen sich im Alter ergeben, z.B dass die Beweglichkeit im Alter nachlässt. Das hat nichts mit dem Reaktionsvermögen und geistiger Fitness zu tun, aber es verändert das Leben.

I: Vielen Dank Jochen für die klaren Worte.

Das Interview führte Michael Breidbach.

Aus dem Weserkurier:

Zwei Leserbriefe zum Thema Pflege

Gegen Lindners Plan:

Zur Berichterstattung über Kosten von Pflegeheimen

Genau das war zu erwarten, die Leistungen der Pflegeversicherung sind seit 2017 unverändert, und deshalb gehen alle Kostensteigerungen bei der Pflege vollständig zulasten der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner! Ein unhaltbarer Zustand! Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss durch deutlich höhere Steuerzuschüsse gestärkt werden! Es ist nicht zu begreifen, dass Finanzminister Christian Lindner (FDP) vom nächsten Jahr an den Zuschuss des Bundes für die Pflegeversicherung in Höhe von einer Milliarde Euro streichen will! Das würde bedeuten, dass zwangsläufig die Pflegebeiträge für Bürgerinnen und Bürger steigen müssen!

Es ist jetzt schnelles politisches Handeln erforderlich, um die Eigenanteile der Pflegebedürftigen Menschen zu deckeln, und die Investitionskosten sind endlich wieder von den Ländern zu zahlen, wie im Sozialgesetzbuch – Paragraf 9 zu lesen ist! Außerdem ist eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzierung der Pflegeversicherung dringend erforderlich. Hier sind alle Parteien gefordert, endlich tätig zu werden!

Gisela Fröhlich, Bremen

Zum Artikel vom 19. Juli:

„Pflegeheime werden immer teurer“

Es ist schon traurig, dass die Politik nichts für unsere ältere Bevölkerung tut bei den Kosten der Pflege in Pflegeheimen.

„Wenn's nicht reicht, kann ja Sozialhilfe beantragt werden", so zum Beispiel eine Aussage unseres Gesundheitsministers. Obwohl es im SPD-Wahlprogramm stand, steht dazu auch in Bremen nichts wirklich Konkretes im Koalitionsvertrag – etwa die Aussage „die bedarfsabhängige Entlastung der Investitionskosten in Angriff zu nehmen“. Hoffentlich tut die Politik jetzt endlich etwas und redet nicht nur. Es geht um menschenwürdige Pflege.

Ingrid Peschel, Bremen

Yaş ayrımcılığı nedir ve dezavantajı nelerdir?

19 Nisan'da Haferkamp'ta, Kızılhaç ve Yaşlılar Temsilciliği' bu konunun ele alındığı müşterek bir etkinlik düzenlediler. Sosyal Senatör Anja Stahmann, Yaşlılar Temsilciliği Başkanı Andreas Weichelt, Bremen Trafik Güvenliği Genel Müdürü Ralf Spörhase, ortopedist ve cerrah Detlef Frobese ve Sparkasse Bremen'den Nicola Oppermann (Basın Merkezi) davetli konuşmacı olarak yer aldılar. Çok sayıda katılımcı konuya büyük ilgi gösterdiler.

Konuşmacıların kendilerini kısa tanıtımlarının ardından, orada bulunan yaşlılar söz aldılar. Anlatımlar, açıklanan sorunlar oldukça ürkütücü. Sorunlar, kişilerin kendi bölgelerindeki işlerinin halledilmesindeki zorluklar ile başlıyor. Bölgedeki Sparkasse şubelerinin ve postanelerin kapatılması, bunun yerine bankacılık işlemlerinin dijital olarak gerçekleştirilmesi gereği. İnsanlar, özellikle parasal işlemler söz konusu olduğunda bu işlemlerin görevli elemanlarca yerine getirilmesini ve bunun devamının mümkün olmasını arzu ediyorlar. Bayan Oppermann'nın bu konuda pek çok alternativ imkanların olduğuna dair ifadesi yardımcı olmadığı gibi, aynı şekilde müşteri yardım hattına yapılan atıf da orada bulunanlar için yeterli değildi.

Toplu taşımada ulaşım araçlarına erişim konusunda da eleştiriler yapıldı. Kapıların

biniş ve inişlerde çok hızlı kapanmasının tekerlekli sandalye kullananlar için getirdiği zorluklar gibi. BSAG'nin tramvay ve otobüslerde tekerlekli sandalyelerin doğru kullanımına ilişkin kursları burada yardımcı olmuyor. Trafik ışıkları da kısmen yaşlı insanlar için çok kısa süreli ayarlı.

Hatta, günlük hayatta yaşlı bir kişi olarak kolayca ciddiye alınmama durumuna düşebilirsiniz. Bir katılımcı, aile doktorunda, geliş nedeni gerçekten yeterince dinlenmeden görüşmenin sonlandırıldığını belirtti. Bunun üzerine Dr.Froboese: İhtiyaçlarınızı tam olarak sunabilmeniz için önceden not olarak yazınız tavsiyesinde bulundu.

Alman Demiryolları'nın çeşitli maliyet düşürme önlemleri büyük bir sorun: Bazı biletler sadece dijital olarak temin edilebiliyor. Zaman çizelgeleri de artık kağıt baskı olarak mevcut değil.

Kızılhaç ve Yaşlılar Temsilciliği'nce müşterek gerçekleştirilen ve sorunların ele alındığı çok başarılı bir etkinlik oldu.

Michael Breidbach
(Kaynak: Wie stellt sich Altersdiskriminierung und benachteiligung dar?-
Durchblick-Mai 2023)

Bremen'de Afgan kadınlar

Afgan mültecilerin Almanya'da kalmaları için birçok neden var. Afganistan onlarca yıldır savaş, istikrarsızlık ve güvensizliğin damgasını vurduğu ve büyük güçlerin oyuncağı haline gelen bir ülke.

Hala devam etmekte olan savaş yıllarında yaklaşık üç milyon insan öldü ve neredeyse bir o kadar savaş mamulü de kendi başlarının çaresine bakmak ve yaşamaya çalışmak zorunda bırakılmıştır. Taliban'ın Afganistan'ı yeniden yönetmeye başlamasından bu yana nüfusun büyük bir bölümü, özellikle de Afgan toplumunun yarısını oluşturan kadınlar bu durumdan etkilendi. Barbarca koşullar altında "yaşıyorlar" : Artık var değiller ve canlı varlıklar olarak algılanmıyorlar. Dünya bu durumu seyrediyor ve bu durumun sorumlusu olan bu ülkelerin politikacıları kadınların durumları hakkında sadece üzülerek yorum yapıyorlar.

Bremen'de, Taliban'ın iktidara gelmesinden önce ya da sonra Almanya ve Bremen'e gelen çok sayıda kadın yaşamakta.

Afgan mültecilerin ülkelerine geri dönmeleri çoğu zaman zulüm, ölüm ya da Taliban tarafından zorla askere alınma gibi büyük riskleri beraberinde getiriyor. Geri dönenler Afganistan'a ulaşır ve Taliban'ın eline düşmezlerse, yaşamaya değer bir hayata başlama şansına sahip değiller. İşte bu nedenle Bremen Senatosu'nun sınır dışı edilmeyecek bu insanlar için güvenli bir ikamet perspektifi sunması çok önemlidir.

Bremen'deki Afgan toplumundan bizler, Bremen Belediyesi'nin mültecilerin sadece barınma, gıda ve tıbbi bakım gibi temel ihtiyaçlarını garanti altına almakla kalmayıp aynı zamanda mültecilerin topluma entegre olmalarına yardımcı olmak için mevcut sorunlara uzun vadeli çözümler sunması gerektiğini düşünüyoruz. Buna iyi eğitim, dil kursları ve iş teklifleri de dahildir. Dil insanları bir araya getiren bir köprüdür ve bir iş ve güvenli bir gelir mültecilere gurur ve haysiyetlerini geri kazandırır. Deneyimlerimize göre, dil ve çalışma başarılı bir entegrasyonun garantisidir. Çocuklu kadınlara da özel ilgi gösterilmelidir, çünki onlar genellike özellikle savunmasızdır ve özel koruma önlemlerine ihtiyaç duyarlar

Kar amacı gütmeyen kuruluşlar ve sivil toplum kuruluşları (NGOs) ile işbirliği önemli bir rol oynayabilir, ancak devlet tedbirlerinin yerini alamaz.

Zaher Habib
Afgan-Alman Kültür Girişimi e.V.
(Kaynak: Afganische Frauen in Bremen, Durchblick-Juli 2023)

Tercüme-Zeynep Sümer

Bundesseniorenvorstand tagt in Fulda

Am 23./ 24.08.23 tagte der Bundesvorstand der Seniorenvertretungen in Fulda. Zur Namens-gebung sprechen wir zukünftig von Bundesseniorenvertretung (BSV) als Versammlung von 13 Vertretern aus den Bundesländern. Hessen, Hamburg und Sachsen-Anhalt sind derzeit nicht vertreten. Der Vorstand wird von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Berlin, Sachsen und Schleswig-Holstein gebildet. Dieser hat u.a.die Aufgabe der Vorbereitung der jährlichen Zusammenkünfte der Delegiertenversammlung.

Auf der nächsten Delegiertenversammlung sollen folgende Themen behandelt werden: Altenparlamente, Seniorenmitwirkungsgesetze, Themenaustausch anhand von Schwer-punktsarbeit in den einzelnen Bundesländern, Möglichkeit der Finanzierung wissenschaftlicher Mitarbeit, bundesweiter Auftritt bei Youtube, Erarbeitung einer gemeinsamen Website, Möglichkeit einer gemeinsamen Geschäftsstelle, bundesweite Pressearbeit sowie die Zusammenarbeit und Abgrenzung zur sogenannten Bundesarbeitsgemeinschaft für Senioren (BAGSO), einem öffentlich geförderten Verein mit über 130 Mitgliedern (Vereinen).

Die Bundesseniorenvertretung dagegen ist demokratisch gewählt und hat landesweit hunderte von kommunalen Seniorenvertretungen, die fast ausschließlich ehrenamtlich arbeiten. Hauptthemen der Zukunft für uns werden u.a. die Bekämpfung der Altersarmut, die Problematik der Digitalisierung für Ältere, sowie die Renten und Pflegereform sein. Dafür muss sich die Bundesseniorenvertretung vehement einsetzen.

Dr. A. Weichelt

Notfall Notaufnahme

Der Fall zwischen 2018 und 2021 in folgender Chronologie schlimmer Umstände.

2018 wurde Herrn D. (77 Jahre) wegen eines bösartigen Tumors die rechte Niere entfernt. Dabei auch der Tumor beschädigt, sodass sich die Flüssigkeit in den Bauchraum ergoss. Bei der Entlassung gab es keine Empfehlung für eine Chemo- oder Immuntherapie. Am 24.01.2020 wurden in einer erneuten Operation bösartige Lymphknoten auf der verbliebenen Niere entfernt. Wieder kein Hinweis auf die Notwendigkeit einer Chemo- oder Immuntherapie. Lediglich die lapidare Feststellung „es werden noch weitere Operationen erforderlich sein". Nach eigenem Aufsuchen eines Onkologen hat dieser im Juni 2020 eine Immuntherapie in 4 Schritten eingeleitet. Die Letzte erfolgte am 24.11.2020. Danach ging es Herrn D. so schlecht, dass er am 28.11.2020 mit dem Rettungswagen ins Klinikum Mitte verbracht wurde. Trotz Vorlage aller Berichte zur Immuntherapie, die das Immunsystem des Körpers herabsetzt wird Herr D. von 16:30 bis 2:00 Uhr (9,5 Std.) in der Notaufnahme stehen gelassen. Die Reaktion seines geschwächten Körpers kam prompt: Lungenentzündung und eine Sepsis mit Organversagen. Er musste in ein künstliches Koma versetzt werden. Seine Ehefrau durfte ihn in dieser lebensbedrohlichen Krise aufgrund von Corona nicht besuchen.

Am 8.12.2020 wurde Herr D. aus Kapazitätsgründen des Klinikums Mitte nachts ins DIAKO verlegt. Dort wurde er jedoch nicht aufgenommen und weiter ins Klinikum Bremen-Nord verbracht. Sicher auch durch die Verlegung bedingt kam es zu akutem Kreislaufversagen und er wurde wieder ins künstliche Koma gelegt. Ab Mitte Dezember 2020 durfte die Ehefrau ihn dann besuchen. Die Ärzte erhofften sich dadurch ein "Aufwachen". Leider halfen auch die Beatmungsgeräte nicht, sodass ein Luftröhrenschnitt notwendig wurde. ln der Lunge bildete sich fortwährend Wasser und musste abgesaugt werden. Dabei wurde die Lunge durchstoßen und es kam zur Abszessbildung, die operativ entfernt wurde.

Mitte Januar hat der Stationsarzt der Ehefrau im Beisein des Herrn D. das Abschalten sämtlicher lebenserhaltenden Maßnahmen empfohlen. Dieses wurde von der Ehefrau vehement abgelehnt. Ende Januar wurde ihr mitgeteilt, man könne nichts mehr für den Patienten tun und müsse ihn in eine lntensiv-Reha überweisen.

Am 29.01.2021 wurde der todkranke und nicht wache Patient im Rettungswagen nach Schwaan/Rostock überbracht. In der Nähe von Bremen wären angeblich keine Plätze frei. Die Familie hatte trotz aller Bemühungen keine Chance und konnte ihn bedingt durch Corona auch hier nicht besuchen.

Obwohl das Tumorgeschehen dann rückläufig war hat Herr D. die schweren organischen Schäden, bedingt durch Lungenentzündung und Sepsis nicht überstanden und starb am 16.02.2021.

Fazit: Falls dieses Geschehen kein Ernstfall ist, bedarf es dringender Krankenhausreform, damit schwerkranke Menschen jederzeit intensiv und fachgerecht behandelt werden können. Es kann nicht sein, dass ärztliches Unvermögen in Verbindung mit wirtschaftlichen Ereignissen, wie Corona, Überlastung, Bürokratie und fehlendes Einfühlungsvermögen zu todbringenden Situationen führt.

Dr. A. Weichelt

Ernst Benthien grüßt die Seniorenvertretung

Ernst Benthien wäre heute einer der dienstältesten Ehrenamtlichen der Seniorenvertretung. Er leitete über Jahre den Arbeitskreis Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt. Namenhafte Politiker wie Falk Wagner in neuerer Zeit referierten in den Arbeitskreissitzungen über die vielfältigen Probleme in den wichtigen Politikfeldern. Dazu zählen der Bremer Punkt, als eine seniorenfreundliche Wohnform „Alt trifft Jung". Desweiteren ging es um behindertengerechte Wohnungen auch für Rollstuhlfahrer. Hier gelang es der Seniorenvertretung in Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeauftragten eine gesetzlich verbriefte Mindestanzahl von rollstuhlgerechten Wohnungen zu etablieren. Viele Gespräche mit der Bremer Straßenbahn AG hatten zur Folge, dass der Einstieg und die Anordnung der Sitze in den Straßenbahnen heute seniorenfreundlicher sind als früher. Auch der neu erbaute Busbahnhof (ZOB) ist das Ergebnis einer langjährigen Forderung von Ernst Benthien und der Senioren-vertretung. Ebenso unbedingt erwähnenswert ist die Organisation der sogenannten Zeugen für die Kriminalpolizei. Zeugen sind bei vielen Polizeieinsätzen, insbesondere bei Privatwohnungen, vorgeschrieben. Ernst hat diese aufopfernde Arbeit auf sich genommen.

In den letzten beiden Jahren wurde Ernst von gesundheitlichem Pech verfolgt. Zwei neue Hüftgelenke, Darmverschluss, Blasen-OP, zwei Schlaganfälle und eine Corona-Erkrankung führten zu langen Krankenhausaufenthalten und zu körperlichen Einschränkungen. Ärzte und Familie mussten deshalb entscheiden, dass er einen stationären Aufenthalt in einem Alten- und Pflegeheim hinnehmen musste. Dabei ist die Wahl auf das Caritas-Haus in Bremen-Vahr gefallen. Die qualitative Unterbringung ist nach seinen eigenen Aussagen hervorragend. Er vermisst das tägliche Zusammensein mit seiner Frau, die ihn aus gesundheitlichen Gründen nur 2 – 3 mal in der Woche kurz besuchen kann. Auch die Arbeit in der Seniorenvertretung hätte er gern weiter gemacht. Die Seniorenvertretung ist Ernst zu großem Dank verpflichtet. Wir grüßen ihn und wünschen ihm weitere Verbesserung seiner Gesundheit und wünschen ihm alles erdenklich Gute.

Andreas Weichelt

Presseerklärung – Bremen, den 10. August 2023

Arbeitskreis der Seniorenvertretung mit BSAG an der Domsheide

Am 7. August trafen sich Vertreter des Arbeitskreises Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt mit Vertretern der BSAG an der Domsheide um die dortige Umsteigesituation zu begutachten. Es gibt immer wieder Beschwerden, dass Anschlussverbindungen nicht erreicht werden, so die Vorsitzende des Arbeitskreises Anke Maurer. Die Wege für bewegungseingeschränkte Menschen sind zu weit.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass technische Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation mit der aktuellen Lage der Haltestellen nicht bestehen. Die Umsteigezeiten können aber verkürzt werden, wenn mittelfristig die geplante Erhöhung der Frequenz auf den Strecken der Linien 4, 6, 24 und 25 zwischen den Hauptverkehrszeiten sowie sonntags umgesetzt wird.

Ein weiteres Problem ist der Einstieg. In Planung ist eine barrierefreie Umgestaltung der Domsheide mit erhöhten Bahnsteigen, um einen stufenlosen Einstieg in die Bahnen und Busse zu ermöglichen. Die konkrete Umsetzung sowie die Zeitschiene sind derzeit aber noch offen.

Außerdem wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass für mobilitätseingeschränkte Menschen in Bahnen und Bussen die blaue Taste zur Verfügung steht, die beim Aussteigen die Türöffnungszeit verlängert.

Impressum

Der Durchblick wird herausgegeben von der:

Bremer Seniorenvertretung
Bahnhofsplatz 29
28195 Bremen
Tel: 0421 361 6769
seniorenvertretung@soziales.bremen.de

Pressesprecher: Michael Breidbach
verantwortlich i.S.d.P.

Herstellung:
Der DruckKellner
St.-Pauli-Deich 3 • 28199 Bremen
www.kellnerverlag.de

Bilder: Pixabay.de, Pixelio.de, Pexels.de